

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Deutschland Völkerbundsmitglied.

### Einstimmig angenommen. - Opposition gegen die Diktatur der Großmächte.

V. Sch. Genf, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Seit heute mittag, 11 Uhr 46 Min. ist die deutsche Republik Mitglied des Völkerbundes. Genau um diese Zeit wurde vom Präsidenten Minichitsch das Resultat der unter atemlosen Stillschweigen vollzogenen namentlichen Abstimmung verkündet:

mit den Ja-Stimmen aller 48 vertretenen Staaten ist Deutschland einstimmig als Mitglied aufgenommen worden.

Aber noch ehe dieses Resultat verkündet wurde, und zwar als das „Ja“ des zuletzt ausgerufenen Staates Venezuela ertönte, brach in dem vollgefüllten Saal, unter den Delegierten, auf den Galerien des Publikums und der Presse, ein spontaner langandauernder Orkan des Beifalls. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich nach der Verkündung des Resultats sowie noch einmal, als Minichitsch in einigen ausdrucksvollen Worten dieses Ereignis begrüßte und die Hoffnung aussprach, daß die Delegierten Deutschlands sobald wie möglich ihren Platz im Völkerbund einnehmen möchten. Elf Minuten später, um 11 Uhr 57 Min., war Deutschland Mitglied des Völkerbundes.

Am diese Zeit war nämlich die namentliche Abstimmung über die Gewährung eines ständigen Ratsitzes für Deutschland und über die Erhöhung der Zahl der nichtständigen Ratsitze auf neun beendet und verkündet worden. Aufs neue ertönte donnernder Beifall, an dem sich aber diesmal die Vertreter einiger neuerer Staaten, die im übrigen zu den besten Freunden Deutschlands zählen, nicht beteiligen konnten, weil sie in diesem Falle wider Willen gezwungen waren, ihre „Oui“ und „Yes“ für zwei verschiedene Tatsachen auf einmal auszusprechen, von der sie die erste entschieden begrüßten und die zweite entschieden bedauerten. Diesen beiden Abstimmungen war nämlich eine recht lebhafteste Debatte vorausgegangen, bei der der hier angeführte Vorstoß der kleinen Staaten gegen die „Diktatur der Großmächte“

erfolgte. Motta hatte sich seiner Arbeit als Berichterstatter des Präsidiums durch eine längere Rede entledigt, in der er zunächst das abgefertigte Verfahren zur Ausnahme Deutschlands ohne Zurückweisung an die juristische Kommission begründet und empfohlen hatte, doch merkte man es ihm an, daß ihm bei der Begründung des zweiten Teiles seiner Rede, die gemeinsame Abstimmung über den deutschen Ratsitz und über die Erhöhung der nichtständigen Sitze, nicht sonderlich wohl zumute war, zumal er selbst einen der kleinen Staaten vertritt, die sonst am eifrigsten über die Rechte der Vollversammlung wachen. Gewiß, meinte er, sei die Vollversammlung die Verkörperung des Bewusstseins der Welt, aber man müsse auf die politischen Notwendigkeiten des Augenblicks Rücksicht nehmen, die Krise durch Opfer lösen und die Einmütigkeit sei jedenfalls die beste Lösung. Dann feierte er das Werk von Cocarno und schließlich wurde er ganz feierlich, als er den lateinischen Dichter Lukrez zitierte und den Eintritt Deutschlands als ein Ereignis feierte, welches „das Licht des Friedens und der Gerechtigkeit ausstrahlen“ würde. Als nun bekannt wurde, daß die Vertreter Hollands, Norwegens und Schwedens sich zum Wort gemeldet hätten, entstand zunächst eine gewisse Nervosität, weil man nicht genau wußte, ob diese Schilderhebung einen platonisch grundsätzlichen oder einen praktisch erstrebhaften Charakter haben würde. Da die Abstimmung über einen solchen Entwurf ohne

Zurückweisung an die Kommission

verfassungsändernd ist, hätte es genügt, wenn die Opposition ein Drittel der Stimmen der Versammlung auf sich vereinigt hätte, um die Kommissionsberatung zu erzwingen, wodurch eine vielleicht erstrebte Verzögerung der Aufnahme Deutschlands entstanden wäre, und sogar das Projekt der Studienkommission trotz seiner Empfehlung an den Rat hätte umgestoßen werden können. Aber es blieb bei dem platonisch

grundsätzlichen Protest.

Als erster Diskussionsredner sprach der Gesandte Hollands in Paris-Lauden. Seine Rede war inhaltlich außerordentlich scharf. Er protestierte gegen die Verkoppelung des ständigen Ratsitzes an Deutschland, über den Einstimmigkeit herrsche, mit der Erhöhung der Zahl der nichtständigen Ratsitze, über die Meinungsverschiedenheiten beständen. Die Versammlung werde dadurch überkompelt. Auch wenn das ausnahmsweise und wegen der großen Schwierigkeiten des Augenblicks geschehe, müsse er es auf das tiefste bedauern. Er erinnerte daran, daß Holland im Jahre 1922 als einziger Staat durch den Mund des inzwischen verstorbenen Professors Streu gegen eine damals vorgesehene Erhöhung der nichtständigen Ratsitze um nur zwei protestiert hätte. Laudens zitierte die damaligen Worte Streu's, die in der Tat prophetisch waren: „Wenn man in diesem Jahr einer Veränderung des Hauptorgans des Völkerbundes wegen der Aspirationen politischer Gruppen zustimmt, welche Garantien hat man dann dafür, daß man nicht später die Zusammenziehung des Rates je nach dem jeweiligen und veränderlichen Stand der Dinge wieder wechseln wollen.“ Man habe, so fuhr Laudens fort, die Zahl der Ratsmitglieder von 8 auf insgesamt 14 erhöht. Das sei eine ungeheure

Gefahr für den Völkerbund

und bringe ernste Schwierigkeiten für den Fall einer plötzlich notwendigen Einberufung des Rates in einer kritischen Situation mit

sich. Am schärfsten war Laudens Satz, den er aus seiner eigenen Rede vor der Vollversammlung im März wiederholte, daß der Geist des Völkerbundes verletzt werde, der leider nicht immer vorhanden sei, jener Geist, der darin bestünde, die Interessen der Allgemeinheit höher zu stellen als den Ehrgeiz einzelner Mitglieder.

Laudens Rede fand bei einem großen Teil der Versammlung demonstrativen Beifall. Ob aber auch alle die, die ihm applaudierten, ihm Gefolgschaft geleistet hätten, wenn er ernst gemacht haben würde, ist zweifelhaft.

Die Sitzung geht weiter.

### Die amtliche Mitteilung.

Genf, 8. September. (W.F.B.) Der Generalsekretär des Völkerbundes hat sofort nach Schluß der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung folgendes Telegramm an den Reichsaußenminister Dr. Stresemann gerichtet: „Auf Anweisung des Präsidenten der Völkerbundsversammlung habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Völkerbundsversammlung in ihrer Sitzung vom 8. September Deutschland als unter die Mitglieder des Völkerbundes aufgenommen erklärt und die Entschließung des Rates vom 4. September gebilligt hat, durch die Deutschland eine ständige Vertretung im Völkerbundsrat zuerkannt wird.“

### Genf doch im Rundfunk!

Die Deutsche Rundfunkgesellschaft teilte uns gestern auf unsere Anfrage mit, daß es aus technischen Gründen nicht möglich sei, den Akt der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nach Deutschland zu übertragen. Heute morgen berichtet sie uns, daß diese Übertragung am Freitagvormittag doch stattfinden wird.

Gestern angeblich unüberwindbare technische Schwierigkeiten sind heute überwunden. Die Rundfunkgesellschaft macht es schwer, die Argumente der Techniker für bare Münze zu nehmen.

## Die Genfer Parlamentsmaschine.

Präsident - Bureau - Ausschüsse.

Kein Parlament ist einfach eine „Versammlung“, eine Anhäufung, ein Haufe mehr oder minder erleuchteter und wohlmeinender Männer und Frauen. In keiner Volksobervertretung vollzieht sich das gemeine Beste in dem einfachen dialektischen Prozeß von Rede und Gegenrede über der Menschheit große und kleine Gegenstände. Dazu sind die sozialen Verhältnisse zu vielfältig, die Interessen zu zerplittert und zu scharf zugespitzt. Ein modernes Parlament ist ein entwickelter Organismus, ein sorgfältig ausgedachter und erprobter technischer Apparat. Das Genfer internationale Parlament macht davon keine Ausnahme. Dort gibt es so wenig, oder vielleicht noch weniger, als anderwärts individuelle Freiheit und Ungebundenheit für die Delegierten. Jeder von ihnen ist nur ein Rad oder ein Rädchen in einer Maschine.

Die Bundesversammlung verkörpert den gesamten Völkerbund. In ihr sind alle Bundesvölker vertreten. Jedes hat eine Stimme, aber es kann ein, zwei oder drei Hauptdelegierte ernennen. Drei Stühle stehen für jeden Staat bereit. Alle größeren oder mittleren Staaten pflegen alle drei Plätze zu besetzen. Nur die kleinsten begnügen sich, einen Vertreter zu ernennen. Wie es seine Vertreter ernannt, das bestimmt jedes Volk durch seine Regierung souverän. Die Mandatsprüfung erstreckt sich niemals auf die persönliche Eignung eines Delegierten, sie stellt nur fest, ob er von den verfassungsmäßigen Instanzen des Landes ordnungsmäßig ernannt worden ist. Wie diese Ernennung aber erfolgt, ist international gleichgültig. Theoretisch wäre es möglich, die Völkerbundsdelegierten durch allgemeine Wahlen bestimmen zu lassen. In der Praxis gliedert sich ihre Ernennung in das politische System des Landes ein. Eine Diktatur wählt ihre Delegierten unparlamentarisch, aus der Zahl ihrer Anhänger oder nahestehender Persönlichkeiten, wobei auch sie nicht selten ihr internationales Ansehen berücksichtigt: Italiens erster Delegierter rechnet sich nicht zu den Falchisten. In demokratischen Staaten, wo das Parlament die Regierung bestimmt, kommen die parlamentarischen Verhältnisse zum Ausdruck. Wo eine Partei ausschließlich regiert, wird sie die Delegierten allein stellen, z. B. in England. Wo Koalitionen herrschen, wird auch die Delegation koalitionsmäßig zusammengestellt (z. B. Deutschland, Frankreich, Belgien). In einzelnen Fällen (Dänemark) ist es die streng befolgte Regel, die Parteiparteien in der Reihenfolge ihrer Größe zu berücksichtigen. Dester spielen persönliche Leistungen eine so überragende Rolle, daß innerstaatliche Parteigegensätze in der internationalen Vertretung völlig zurückgestellt werden. Deshalb findet man häufig genug Sozialisten als Vertreter „bürgerlicher“, ja konservativer Regierungen. Es braucht nur an die Namen Branting, Undén, Paul Boncour erinnert zu werden.

Der Völkerbund zählt 55 Staaten als Mitglieder. Rechnet man nur die Hauptdelegierten, ergibt das eine Versammlung

von 120-150 Köpfen. Sie bedarf einer Geschäftsordnung, eines Vorstandes und einer Anzahl Ausschüsse, um Arbeiten zu erledigen.

Die von der ersten Bundesversammlung im Jahre 1920 ausgearbeitete Geschäftsordnung wird, mit ganz unwesentlichen Änderungen, auch bei dieser 7. Tagung wieder angewandt. Als die erste Aufgabe legt sie die sogenannte Konstituierung der Versammlung fest. Das ist das, was jetzt in den deutschen Parlamenten nur mehr nach einer Neuwahl geschieht: Wahl des Präsidiums und Einsetzung der Ausschüsse, und früher alljährlich, bei Beginn jeder neuen Sitzungsperiode, zu geschehen pflegte. Die Genfer Völkervertretung ist kein Parlament, das durch allgemeine Wahlen von Zeit zu Zeit schubweise erneuert wird, sondern ein dauerndes, sich ständig erneuerndes Parlament, das regelmäßig jährlich einmal - am ersten Montag im September - zusammentritt. So wird alljährlich die Bundesversammlung neu konstituiert.

Mit Bedacht ist vermieden, etwa einen Alterspräsidenten die Eröffnungsrede halten und die erste Sitzung leiten zu lassen: allzuleicht hätten die Staaten darin rivalisiert, wer den Ältesten nach Genf delegiere. Das wäre ein tragikomischer Wettbewerb gewesen. Deshalb eröffnet der gerade die Geschäfte führende Präsident des Völkerbundsrates die Versammlung - diesmal war es Benesch. Gleich nach seiner Ansprache erfolgt unter seinem Vorsitz die Wahl des Versammlungspräsidenten, oft genug ein demonstrativer Akt mit politischer Bedeutung. Es wird stets vermieden, einer Großmacht die Leitung der Versammlung anzuvertrauen. Die Rivalität würde dazu führen, daß die Großmächte den Vorsitz unter sich abwechseln ließen. Ihr natürliches Übergewicht würde dann allzu schwer auf der Gesamtheit lasten. Ohne daß die Geschäftsordnung das ausdrücklich vorsieht, leitet also alljährlich ein Vertreter eines mittleren oder kleinen Staates die Versammlung. Diesmal wurde der Außenminister Jugoslawiens, Minichitsch, gewählt, man einigte sich auf ihn, um eine politische Schwierigkeit aus der Welt zu schaffen. Von der Kleinen Entente soll nicht Jugoslawien, sondern Rumänien für den Völkerbundsrat kandidieren; Minichitschs Wahl zum Versammlungspräsidenten statt in den Rat war also eine Art diplomatischer Trost. Ist der Präsident, in geheimer Abstimmung, gewählt, dann folgt gewöhnlich durch Zusage, die Wahl der Mandatsprüfungskommission. Die Konstituierung des ersten Tages ist erledigt.

Das, was man wohlmeinend den Gedanken der demokratischen Gleichheit oder das, was man bis jetzt die Prestigepolitik und die Rivalität der Staaten nennen könnte, führt nun aber dazu, daß dem Präsidenten der Versammlung, und damit dem Staat, den er vertritt, kein überragender Einfluß eingeräumt wird. Dem Präsidenten steht das sogenannte „Bureau“ zur Seite, das die Geschäfte eigentlich leitet. Es spielt im internationalen Parlament etwa die Rolle, die im deutschen Reichstag dem Ältestenrat zukommt. Es ist die Körperschaft, die gestern in Genf beschloß, die Abstimmung über den neuen ständigen Ratsitz für Deutschland mit der Abstimmung über die drei neuen unständigen Ratsitze zu verkoppeln; um zu verhindern, daß das Kompromiß der Studienkommission etwa scheitert, und damit völlig unabsehbare diplomatische Konsequenzen entstehen.

Dieser Genfer „Ältestenrat“ also hat wichtige internationale Funktionen. Deshalb wird auch er nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt. Er besteht, abgesehen von dem Präsidenten, erstens aus den „Vizepräsidenten“. Es ist der Brauch, sechs zu wählen. Um den Großmächten den gebührenden Einfluß auf die Geschäftsführung zu gewähren, pflegt man sie, wie im Reichstag die großen Fraktionen, vorzugsweise zu berücksichtigen. Deshalb wurden diesmal Chamberlain (mit 44), Briand (mit 43), Graf Tshii (Japan, mit 43), Scialoja (Italien, mit 42 Stimmen) in das Bureau als Vizepräsidenten gewählt; dazu kamen als Vertreter kleinster Staaten Guatemala (mit 29) und Liberia (mit 24). Zweitens gehören in das Bureau die Vorsitzenden der sechs Ausschüsse. Diesmal sind es: Motta (Schweiz), Figgerald (Irland), Villegas (Uruguay), Titulescu (Rumänien), Graf Mensdorff (Österreich), de Brouckere (Belgien). Auch den Vorsitz in den Ausschüssen pflegen Großmächte nicht zu erhalten.

Die Ausschüsse sind umfangreich. Jeder Staat hat von Rechts wegen einen Vertreter. Die kleinsten Staaten müssen darauf verzichten, sich stets in allen Ausschüssen vertreten zu lassen, da ihre Delegationen nicht groß genug sind. Gewohnheitsgemäß werden sechs Ausschüsse gewählt: 1. juristische Fragen; 2. technische Fragen; 3. Abrüstung; 4. Budget; 5. soziale Fragen; 6. politische Fragen. Jeder Ausschuss stellt einen kleinen Völkerbund dar. Die parlamentarischen Kämpfe werden auch in Genf zum großen Teil in den Ausschüssen durchgeführt. Aber dort haben sie eine besonders wichtige Aufgabe. Es gelangt kein Vorschlag und keine Anregung an die Vollversammlung, die nicht in



einem Ausschuss debattiert, geprüft, verbessert und angenommen wurde. Weniger als ein anderes kann das internationale Parlament plötzliche Ueberraschungen und Vorstöße vertragen.

Präsident, Bureau und Ausschüsse sind die wichtigsten Teile des Genfer Parlamentsorganismus, in den Deutschland jetzt hineinwächst. Wer diese Teile nicht kennt, kann das Wirken des Ganzen nicht verstehen.

## Gallimathias Treviranus.

### Ober: Deutschnationale Völkerbundspolitik.

Der „politische Beauftragte der Deutschnationalen Volkspartei“, Reichstagsabgeordneter Treviranus veröffentlicht im „Tag“ einen Artikel, in dem er sehr leichtvöll auseinandersetzt, daß die Deutschnationalen erstens schon immer für den Völkerbund gewesen waren, und daß sie zweitens noch immer, wie bisher, gegen ihn sind.

Der „politische Beauftragte“ bestreitet, daß sich die Deutschnationalen mit dem Eintritt in den Völkerbund „abfinden“ wollen. Abfinden ist ein häßliches Wort:

Da gibt es kein Sichabfinden, sondern das in der Zuversicht gefunden, wachsenden Volkstums begründete unentwegte Vorwärtsschreiten nach dem alten Ziele. Seit wir waffenlos wurden, gab es für uns nur ein Ziel: die falsche Feindbündnisse des nationalen Selbstbestimmungsrechtes aller Völker auch für unsere Befreiung auszumachen. Die Entrechtung unserer Nation zwang uns dabei zur deutlichen Kennzeichnung des Gaukelspiels der Feinde von gestern, zur herben Kritik an den innenpolitischen Förderern feindlicher Schliche. Vindictors Reichstagsrede vom 28. Januar 1926 hat dem Genfer Treiben ein aufrechtes Bekenntnis zur erhabenen Idee eines wahren Friedensbundes der Völker entgegengeführt.

Die Deutschnationalen sind also schon immer für „die erhabene Idee eines wahren Friedensbundes der Völker“ gewesen. Das sind ihre „alten Ziele“. Das „Genfer Treiben“ ist ihnen bloß nicht erhaben und friedensbündlich genug. Damit stellen sie sich, wie es scheinen will, ganz auf den sozialdemokratischen, oder, wie sie sagen, „marxistischen“ Standpunkt, daß der Genfer Bund zu einem wahren Friedensbund aller Völker umgestaltet werden müsse.

Warum also alles Geschrei und Bestraampel gegen die deutsche Völkerbundspolitik? Auch dies erfahren wir. Die Deutschnationalen waren nur mit dem Zeitpunkt des Eintritts nicht ganz einverstanden:

Weil wir aber nicht nur verneinend abseitsziehen, sondern vorwärtsschreitende Opposition führen wollen, legen wir Wert darauf, in den Kölner Tagen (auf dem deutschnationalen Parteitag — Red. d. „B.“) ein freimütiges Bekenntnis unserer Auffassungen von der Möglichkeit, ja vielleicht Notwendigkeit künftiger deutschnationaler Arbeit im Völkerbund zur gefälligen Benutzung von Freund und Feind abzugeben. Wir haben die inneren Wandlungen des Völkerbundes in den vergangenen Jahren aufmerksam verfolgt. Der Streit um den richtigen Zeitpunkt des Eintritts des Deutschen Reiches in die erlauchte Versammlung ist müßig, wenn die Ausnahme in den nächsten Tagen ohne störendes „Naturereignis“ vollzogen werden sollte.

Man wird dem „freimütigen Bekenntnis“ des Kölner Parteitages — nach dem „aufrechten“ des Herrn v. Lindener — mit Interesse entgegensehen.

Der „politische Bevollmächtigte“ legt dann seine Stilübung folgendermaßen fort:

Unsere nationale Opposition hat glücklich verhindert, daß unser Deutsches Reich zu einer Zeit in den Genfer Bund gepreßt wurde, als es rettungslos Höriger des einen oder anderen Alliierten geworden wäre. Seither ist Wandel geschaffen. (Also ist der Zeitpunkt jetzt doch richtig? — Red. d. „B.“) Der Berliner Vertrag auf der einen, das italienisch-spanische Abkommen auf der anderen Seite zeigen Ansätze zur Befreiung von der Bevormundung der großen Alliierten. Ratiabkommen und

Stahlpakt sind zu unserem Glück weder aus Locarnogeist noch politischem Zwang geboren, aber unerlässliche Schritte macher des unbewaffneten Reiches in der Diplomatenarena der Welt. Für uns war das Genfer Tauchgeschloß nur zu mager. (!!!)

Der Pazifistenraum vom ewigen Frieden zu Genf ist dahin. Die Fassade wird hingegen bis zum nächsten Weltkonflikt eiferfüchtig gestützt werden, um kommenden Schuldfragen den richtigen Dreh geben zu können.

Wir haben mit Zitaten nicht gespart, um den Lesern ein Bild davon zu geben, wie es im Kopfe des „politischen Bevollmächtigten“ einer großen deutschen Partei aussieht. Hat dieses konfuse Bestammel überhaupt einen Sinn, so ist es der, daß die Deutschnationalen sich als Völkerbundesfreunde aufspielen möchten, um bei dem nächsten Kriege, den sie führen wollen, der Schuldfrage „den richtigen Dreh zu geben“. Hat man aber diese edle Absicht, so ist es idiotisch sie öffentlich zu verkünden.

Einer Partei, die solche „politische Bevollmächtigte“ hat, fehlt zu der schwierigen Arbeit in Genf die nötige Intelligenz. Einer Partei, die so unmögliche Berrentungen braucht, um den Schein zu erwecken, als ob ihre sogenannte „Mentalität“ — von „mens“, der Verstand — mit den praktischen Notwendigkeiten der deutschen Politik vereinbar sei, kann es aber auch auf die Dauer nicht gelingen, Wählermassen an sich zu fesseln. Die nationalistiche Phrase ist bankerott. Uebrig bleibt nur ein Ballen, wie es dieser Treviranus laßt.

## Moltke auf Freifahrt.

### Wie man Staatsgelder im Kaiserreich verpulverte.

Professor Ludwig Duidde frischt in der „Vossischen Zeitung“ einige Erinnerungen auf, die ein kennzeichnendes Licht auf die berühmte altpreussische Moral werfen. Er schreibt u. a.:

Als im Jahre 1884 Bismarck den Reichstagsabgeordneten auf dem Verwaltungswege die Freifahrtarte, die bis dahin (wie heute) für das ganze Reich gegolten hatte, auf die Fahrt zwischen ihrem Wohnort und Berlin beschränkt hatte, sprach er am 26. November 1884 von dem Mißbrauch, der nach seiner Auffassung mit der Freifahrt getrieben sei; es sei ein Mißbrauch, wenn ein Abgeordneter während einer Gültigkeitsdauer von acht Monaten mit dieser Freifahrt über 17000 Kilometer auf deutschen Bahnen zurückgelegt hat — ein einziger, und zwar kein Sozialdemokrat. Jeder im Hause wußte bald, daß damit niemand anderes gemeint war, als der Abgeordnete des 1. ostpreussischen Wahlkreises (Ramel-Heidekrug) Feldmarschall Graf Moltke. Es wurde erzählt, Bismarck habe, während er sprach, Moltke angesehen und so die Aufmerksamkeit des Hauses auf ihn gelenkt. Man konnte Segner Bismarcks noch nach Jahren mit großer Empörung davon sprechen hören, wie er, der doch mit der ersienlosen Ausnützung seiner politischen Stellung für private Zwecke nichts weniger als schüchtern war (man denke nur an das geflügelte Wort von der „Klinke zur Gefäßgebung“), so rücksichtslos „den armen Moltke“ bloßgestellt hätte; denn es wurde weiter erzählt, daß Moltke für jene großen Dienstreisen, die er auf Reichstagsabgeordneten-Freifahrt machte, ruhig seine Kilometergelder liquidiert hatte. Abgeordnete, die damals dem Reichstag angehört haben oder auch erst 1887 oder 1890 eingetreten sind, wissen zu berichten, daß diese Freifahrten Moltkes noch lange Gesprächsstoff in den Wandlungen des Reichstags waren. Eine Befeldigungsfrage ist niemals erfolgt, ebensowenig wie — selbstverständlich — ein Verfahren gegen Moltke.

Was er getan hatte, stand keineswegs vereinzelt da. Es war — ich weiß nicht, ob allgemein üblich — jedenfalls aber gar nichts Ungewöhnliches, daß preussische Landräte (damals meistens zu den „Edelsten der Nation“ gehörig), wenn sie Dienstreisen in ihrem Kreise zu machen hatten, bei den befreundeten Gutsbesitzern übernachteten, auch in deren Fuhrwerk zum Bahnhof abgeholt wurden, aber munter die ihnen zustehenden Quar-

tier- und Kilometergelder verrechneten. Das wurde so arg, daß durch besondere Vorschriften dagegen eingeschritten werden mußte.

Im neuen Reichstag ist es vorgekommen, daß ein Abgeordneter der Rechten, der als Erbgutmann nachrückte und seinen Fahrausweis noch nicht erhalten hatte, als er nach Berlin fuhr, ein Billett erster Klasse verrechnete, während an dem betreffenden Ort ein solches Billett überhaupt noch niemals ausgegeben war. Dem Abgeordneten ist nichts passiert, und außerhalb eines kleinen Kreises kennt niemand den Namen.

Für die patenationalen Hüter neudeutscher Moral, die jedem sozialdemokratischen Beamten nachschauften, ob er nicht irgendwo ein Privatgespräch auf einem Diensttelefon führt, werden diese Erinnerungen an die „herrliche“ Kaiserzeit wahrscheinlich sehr peinlich sein. Aber die Rechtsparteien von heute haben ja nicht nur den einen Abgeordneten, der eine Fahrkarte berechnet, die nie ausgegeben wurde, sie haben ja auch ihren Schaeffer, Staatsanwaltschaftsrat in Breslau, der für parlamentarische Dienstreisen nach München außer seinem Gehalt und seinen Diäten auch noch Tagegelder verlangte, für die keinerlei rechtliche Grundlage bestand und die deshalb vom Direktor des Reichstags verweigert werden mußten.

## Prenzlauer Luft.

### Was ein amtliches Kreisblatt schreibt.

Wir haben aus Prenzlau verschiedene Meldungen wiedergegeben, die auf die eigentümlichen Beziehungen zwischen Stahlhelm und Reichswehr in dem idyllischen Prenzlau hinweisen. Prenzlau hat allerdings nicht nur Reichswehr und Stahlhelm, es hat auch ein amtliches Kreisblatt. Auch dieses Kreisblatt ist eine idyllische Angelegenheit. Darin finden wir in der Nummer vom Sonntag, den 5. September, an der Spitze eine Notiz, die so aussieht:

## Lumpengefindel.

„Ein frecher junger Rohrspaz wachte seinen gelben Schnabel und pfliff in die Welt hinaus eine der auf der Tagesordnung der Republikaner stehenden Verleumdungen der Reichswehr. „Vorwärts“ und „Vossische Zeitung“ haben für derartige Dinge ein williges Ohr, erst recht, wenn sie gemeldet werden aus einem Ort, der „reaktionär“ ist. Prenzlau trage diese Bezeichnung in Ehren, in dessen Mauern am vergangenen Sonntag der Stahlhelm ein Sportfest veranstaltete, an dem zum Leidwesen des Rohrspazes auch Angehörige einer Kompanie des Inf.-Regts. Nr. 5 teilnahmen. Sie hatten von ihrem Kompaniechef die Genehmigung dazu erst bekommen, nachdem ein Vertreter des Stahlhelms vor dem Kompaniechef die Versicherung abgegeben hatte, daß das Sportfest einen durchaus unpolitischen Charakter tragen werde. Das Sportfest nahm denn auch einen harmonischen Verlauf. Von Politik sprühte man keinen Hauch. Aber der Rohrspaz konnte das Denunzieren nicht sein lassen und ließ seine Leib- und Wagnisblätter eine gruselige Mär auf. Es liegt System in einem derartigen Vorgehen. Ob es danach angetan ist, die Reichswehr für die Republik zu interessieren, beweisen wir, es soll das aber nicht unsere Sorge sein. Lassen wir dem Rohrspaz sein Vergnügen. Verleumdungen müssen niedriger gehängt werden, was hiermit in aller Kürze geschieht ist.“

Man sieht, das Prenzlauer Kreisblatt mit seiner martigen Sprache fügt sich ganz offensichtlich in den Rahmen seiner Umgebung ein. Tragisch ist nur, daß sich ein „Lumpengefindel“-Blatt gerade als amtliches Kreisblatt geeignet ist.

Der Plan des erweiterten Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung soll in den nächsten Tagen vom Reichsarbeitsministerium soweit fertiggestellt werden, daß er dem Kabinett und dem Reichsrat zugehen kann. Die neuen Vorschläge gehen u. a. auf die Erfahrungen ein, die mit neu errichtenden Straßendämmen und Chausseeanlagen auf Versuchsstrecken gemacht wurden, und berücksichtigen besonders den Bau von Ueberlandstraßen.

Falschlistenterror. Der Präsekt von Rom hat die Zeitung „Voce Republicana“ (Republikanische Stimme) verboten.

## Die Goethe-Gesellschaft.

Von Hans Bauer.

Da gibt es eine Schiller-Gesellschaft, eine Goethe-Gesellschaft, eine Kant-Gesellschaft, ein Kleistsches Archiv und was nicht alles sonst. Es ist ganz in der Ordnung, daß die Werke großer Geistesheroen den Mittelpunkt von Gemeinshäften bilden, die das Volkinteresse für ihre toten Lieblinge wach halten wollen und sich vornehmlich um eine stetige Vertiefung ihrer Kenntnisse über den großen Mann bemühen. Und doch läßt sich sagen, daß vielen von diesen, gerade um einen ganz großen Namen geranteten, Gesellschaften der etwas formlose Beigeschmack der Zeilenverfassenheit anhaftet, jener ewig kommentierende Paukergeist, der braulendes Geistesleben auf Flaschen füllt und zum Schaden des überwältigenden Gesamteindrucks jeden einzelnen Buchstaben nach der historischen, weltanschaulichen, formaltechnischen, philologischen, ethnologischen Seite hin untersucht. Und absurd wird die Sache, wenn wir als Ergebnis einer besonders tiefen Besenkung in die Gedankenwelt eines reichen Geistes einen unstreifen, beengten, unlebendigen Kopf vorfinden, der in diesem Fall dem Herrn Professor Roethe, erstem Vorstand der Goethe-Gesellschaft, gehört.

Unter der Mitverantwortlichkeit des Professors Roethe hat die Goethe-Gesellschaft ihr neues Jahrbuch herausgebracht, und darin finden sich neben ebenso verdienstvollen wie wenig aufregenden Aufsätzen über Goethes Beziehungen zu allen erdenklichen Erdendingen auch die Mitgliedslieder der Gesellschaft ausgezeichnet. Mit „Seiner K. und K. Majestät Wilhelm II., Deutschen Kaiser und König von Preußen“ fängt die Sache an, und sie erstreckt sich über die „K. und K. Hoheit, den Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen“, über „Seine Königliche Hoheit, den Großherzog Friedrich von Baden“ und die „Königliche Hoheit, die Frau Großherzogin Feodora von Sachsen“ bis zu den foundsovielten Prinzen von Reuß jüngerer Linie.

Der ganze 1918 abgetragene Plunder, all dieser verderbliche und geschmacklose Auspuß am Staatsbau feiert hier seine Aufsteckung. Es majestätet und hohehiet, herzogt und fürstet sich. Man sieht den Herrn Professor Roethe in Grad und Grad mit der demutsvoll in der Linken gehaltenen Esse dastehen und vor all diesem Zufallsvoll anlaakterier hochwohlgeborenenheiten seine Bäcklinge egeukleten. Goethe selbst, wenn der Mitglied seiner eigenen Gesellschaft werden könnte, er würde in der Liste sich mit einer Stelle nach irgend sonem XXXVII. Heinrich begnügen müssen, von seiner selbstverständlichen Minderrangigkeit gegenüber dem kaiserlichen Defecteur ganz zu schweigen. Er ist gut genug, den Anlaß abzugeben für eine stupide Titulaturenpromenade, für einen Aufmarsch von davongefagten Honoratioren, die doch durch die Bank kein inneres Verhältnis zu ihm haben dürften und nur aus Gefälligkeit gegenüber Herrn Roethe seinerzeit in die Gesellschaft eingetreten sein werden, als Abschlagszahlung für die ehrerbietigen Knidse, die er vor ihnen zu machen verstand.

Vielleicht gibt es tatsächlich hier und da eine abgehaltene Hoheit, die im Privatleben Goethe-Enthusiast ist. Dann hat kein Reich etwas dagegen, wenn sie von einer literarischen Gesellschaft aufgenommen und nicht schlechter als irgendein anderes Mitglied behandelt wird. Aber wenn sie, im Prunk eines nicht mehr zu Recht bestehenden Namens, an hervorragender Stelle erscheint, dann sind wir kleinlich und schließen aus dieser Läpplichkeit, daß die Goethe-Gesellschaft nur noch eine Roethe-Gesellschaft ist, und das klingt zwar ähnlich, aber der Unterschied ist etwa derselbe wie der zwischen dem berühmten Chemiker Beilstein und einem Patentkoffer.

## Die Täter.

Als wir von der Tat hörten, stockte unser Atem. Einundzwanzig Menschenleben willkürlich zerlegt, verbrannt, zerrissen! Wir sahen die Finger eines leibhaftigen Teufels im Spiel, eines geheimnisvollen, beispiellos verlorenen Antimenschen, der für eine schwarze Stunde lang sein Heerlager der Todsünden bei Veiserte aufgeschlagen hatte. Wir ahnten hinter all dem Grauen einen zynischen Amoralisten, einen Triumphator des Mordes, für dessen Grauel nur einundzwanzigfacher Tod ausreichende Sühne sein könne. Wir machten die Summe des Grauens, das er in die Welt gesetzt hatte, zum Maßstab der Unfehlbarkeit seiner Gedanken, wir werteten die Verkommenheit seiner Handlungen an deren Folgen.

Da stellte sich nun heraus, daß die mit einundzwanzigfacher Blutschuld Beladenen keine Satansungeheuer sind, ohne Menschenherz und Menschengefühl. Heimtückliche Vaganten sind es, die unglücklich Schimmes taten, aber mit der Tat nicht veräußerten, die das Gesicht ihrer Tat nicht vertragen und sich mit Entsetzen abwanden von ihr, als es an der Zeit gewesen wäre, ihre Früchte zu ernten, landstreichendes Bettelvolk, das nicht Unmenslichkeit, sondern Brot und Zehrgroschen wollte und um des Brotes und der Zehrgroschen willen sich in das Unmenslichste verirrte. Diese beiden entsetzten eine Hölle, aber sie herrschten keinen Augenblick lang in ihr, sie konnten die Feuer ihrer Hölle so wenig ertragen wie ihre Opfer und waren noch im Moment des Gefühlsarmutiger als diese: von ihrem Gewissen und von den Menschen gehegtes Miß, ruheloses Landstroschenpaar.

Der dahingehende D-Zug von Veiserte hat keinen diabolischen Gegenpieler gehabt. Die aus ihrer Bahn geworfenen Räder und die zerpringenden Herzen sind nicht das Produkt boshaft sadistischer Teuflichkeit gewesen, die kaltblütig alles Krachen und Splintern und alles Leid vorausgesehen und berechnet hätte. Hungrige Schächer, verkommen an der Seele und am Magen, vollzogen das Namenlose und die letzte Schuld liegt bei einer Welt, die es duldet, daß ihnen Seele und Magen verkommen.

So ist vielleicht auch der Teufel selbst nur der Gefangene seiner Sünden.

Der Schöpfer der Psychoanalyse, Prof. Sigmund Freud, hat ein kleines Buch unter dem Titel „Die Frage der Laienanalyse, Unterredung mit einem Unparteiischen“ im Internationalen Psychoanalytischen Verlag in Wien herausgegeben. Der Verfasser entwirft hier in einer dem Laienverständnis angepaßten Form in knappen Sätzen ein Bild seiner ganzen Lehre.

Amphitron im Schauspielhaus. Seltene Zwiespältigkeit herrscht in Kleists Wunderwerk: es ist Pöke und Parodie, wie sein Rollenreiches Vorbild, und es ist in Kleists ureigene Gefühlswelt gesteigert zum Kunst- und Lebensbekenntnis. Leopold Jekner, der diese Ausführung bereits in Lauchstädt herausgebracht hat, suchte das Einheitsmoment in der Betonung des Wortes — und beschränkte sich in der Inszenierung auf das Notwendige. Aber vielleicht wird der visionäre Stimmungsgehalt, das Traumbahnschöne Kleists in einer mehr phantastischen, märchenhaften Wiedergabe doch noch mehr herauskommen. Aber auch so klangen wenigstens in den Kostümen der Aktmens und der beiden Amphitrone — dort rosa, hier silberblau — stärkere Farbentöne an. Die stärkste, oder sagen wir: die offensichtlichste Wirkung hatte die untere Welt der Sofas mit ihren Verwechslungen und deren Späßen. Albert Florath war aber auch ein ganz famozer, mit allen irdischen Schwachheiten begabter Diener, der in all den Wirnissen und Verlegenheiten wie ein rechter Sando Panfa seine Ruhe und sein gutes Essen über alles schätzte. Im Mittelpunkt der Kleistschen Welt steht Aktmens, die in holder Süße und Bewirrung das göttliche Mysterium erlebt — Kleists ureigene Schöpfung, wie sein Rätschen und seine Penthesilea. Lina Loffen ließ ihr den ganzen Zaubers lieblicher, tief empfindender Weiblichkeit. Aus ihren Augen strahlte der Glanz göttlicher Beglückung, und ihre Worte waren feinste Gefüge Kleistscher Melodie. Die beiden Amphitrone wurden durch Ferdinand Hart in seiner mehr robusten irdischen und Carl Ebert in seiner göttlichen Form verkörpert. Carl Ebert sprach gut, aber die höchste Unterstützung gibt er noch nicht. Paul Bildt kontrahierte als Rerkur-Sofas aufs beste mit Florath und auch Elsa Wagner wußte der Sofas-Frau Charis Relief zu geben (es hätte noch stärker sein können).

Jekner ließ das Spiel pausenlos sich abwickeln, wodurch die Gesamtwirkung erheblich gewinnt. Die Schlusszene, Kleists und Jupiters Apotheose, krönte prächtig das spä in seinem Wert erkannte, immer noch nicht ausgeschöpfte Wert.

Eine Böcklin-Jahrtausendausstellung in Berlin. Die Berliner Nationalgalerie bereitet für das nächste Jahr aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr von Arnold Böcklins Geburtstag (geb. 16. Oktober 1827 in Basel) eine umfassende Ausstellung seines Lebenswerkes vor. Die Veranstaltung soll ebenso wie die Menzel-, Thoma- und zuletzt die Corinth-Ausstellung das alte Haus der Nationalgalerie zum wesentlichen Teil füllen. Eine Veranstaltung, die im großen den „Fall Böcklin“ wieder aufrollt und den Ton etwa auf das Jugendwerk legt, hat es bisher noch nicht gegeben. Bei diesem Anlaß wird es auch möglich sein, die Sache der aus Amerika zurückgebrachten kleinen italienischen Landschaften an Hand eines breiten Vergleichsmaterials zur Entscheidung zu bringen.

Das Moskauer Hebräische Theater „Habima“, das eine Europa-Tournee in Paris und Wien mit großem Erfolg begonnen hat, wird auch in Berlin auftreten. Die Vorstellungen finden im Oktober im Theater am Rollendorfsplatz statt und beginnen mit „Ankäs, Dabul“.

Die Vereinigten Düsseldorfischen Städtischen Theater (Vereinigtes Heinz Gille) verzeichnen die in Deutschland wohl einzig dastehende Tatsache der Zunahme des Abonnements um vierzig Prozent.



## Wirtschaft gegen Selbstverwaltung. Tagung der Landkreise.

Breslau, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Der preussische Landkreistag wurde gestern Abend mit einer Begrüßungsfeier eröffnet. Heute früh fanden die sachlichen Verhandlungen statt. Eine bemerkenswerte Begrüßungsrede hielt dabei der Vertreter des preussischen Innenministeriums, Ministerialdirektor v. Leyden. Man könnte kaum glauben, einen Vertreter der preussischen Regierung sprechen zu hören, wenn man von ihm vernahmen mußte, daß er ein Gegner des heutigen Wahlprinzips für die Selbstverwaltungskörperschaften sei. Nicht nach politischen Gesichtspunkten will der Bearbeiter der kommunalen Selbstverwaltungsfragen im Innenministerium, soweit es nach ihm geht, die Selbstverwaltungsoertretung zusammengefaßt wissen, sondern entsprechend ihren Aufgaben und den wirtschaftlichen Aufgaben der vertretenen Bevölkerungskreise. Diese wahrheitsfeindlichen Ausführungen erregten bei den republikanischen Vertretern der Tagung lebhaftes Befremden, während die große Mehrheit der anwesenden Landräte und Vertreter sie mit Befriedigung aufnahmen. Der Ministerialvertreter sprach weiter noch über das Einkommensteuerproblem und die Frage der Zusammenlegung verschiedener Landkreise, bewegte sich aber dabei in allgemeinsten Grundzügen, die nur für einige Sonderfälle, vor allem in Ruhrgebietsfragen praktisch anwendbar. Er erklärte es für unbedeutend, im Ruhrgebiet nur noch Großstadtbildung für zweckmäßig zu halten. Andererseits müßten diejenigen Kreise aufgeteilt werden, die nicht mehr zu finanzieller Selbstverwaltung fähig seien.

Das Hauptreferat des heutigen Vormittags hielt das geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Kasst. Dieser Industriellenführer hatte so scharf reaktionäre Grundzüge vorgelegt, daß selbst die Zeitung des Landkreistages, die ganz überwiegend aus rechtsgerichteten Beamten besteht, eine Erklärung für notwendig hielt, wonach die vorgelegten Vorschläge der Referenten darstellten. Geheimrat Kasst verlangte scharfe Ausgabenbeschränkungen in der Selbstverwaltung. Bei den Einnahmen dürfe das Zuschlagsrecht nicht zu einer erhöhten Belastung der Wirtschaft führen. Wie einseitig dabei Unternehmerinteressen und „Wirtschaft“ gleichgesetzt werden, zeigt die weitere Forderung über die kommunalen Zuschläge, die sich auch auf diejenigen Einkommensteuereinkommen erstrecken müßte, die nach dem reichsgerichtlichen Bestimmungen steuerfrei bleiben müßten. Es wird also eine vermehrte Belastung gerade des ärmsten Teiles der Bevölkerung von den Industriellen verlangt, während eine erhöhte Belastung des Reiches abgelehnt wird. Zugleich wird auch gefordert, das den Handelskammern bisher zustehende formale Anhörungsrecht zu einem materiellen Mitwirkungs- und Einspruchsrecht bei der Gestaltung der kommunalen Einkommensteuervorschläge zu geben. Bei den einzelnen Forderungen für die Ausgabenbeschränkungen verlangte der Industriellenvertreter weitgehende Zusammenlegungen von Krankenhäusern, Hochschulen, sowie sozialpolitischen Behörden. Für das Wohnungswesen wird wieder einmal freie Bauwirtschaft und vollständige Aufhebung der Wohnungszulagen sowie veränderte Verwendung der Hauszinssteuer verlangt. Bei der Anleiheaufnahme sollten sich die Selbstverwaltungskörper Wähligung auferlegen. In keinem Falle darf sich die kommunale Selbstverwaltung in einen Gegensatz zur freien Wirtschaft stellen.

Die beiden Korreferenten zu dieser Frage sind zwei Landräte aus dem Beamtenkörper der Vorzeitszeit, die einen etwas zurückhaltenderen und selbstverwaltungsfreundlicheren Standpunkt vertreten. Für die Aussprache sind auch bereits mehrere parteigenössliche Redner angemeldet.

## Jugendämter und Alimentation.

### Eine Vereinfachung geplant.

Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Ermächtigung von Mitgliedern oder Beamten der Jugendämter zur Aufnahme vollstreckbarer Verpflichtungserklärungen unehelicher Väter mit der Bitte um gutachtliche Äußerung zugeleitet. Wie der Amtliche Preussische Preßedienst der Begründung entnimmt, besteht bei den Beamten und Mitgliedern des Jugendamtes aus Grund einer Ermächtigung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt lediglich die Befugnis zur Beurkundung der Vaterschafts- und Alimentationserklärungen; soll auch eine vollstreckbare Verpflichtungserklärung auf Leistung einer Unterhaltsrente abgegeben werden, so muß der Erklärende eine weitere Urkunde vor einem Gericht oder Notar aufnehmen lassen. Dies ist eine unnötige Er schwerung, da an Stelle eines Termins und einer Urkunde zwei Termine und zwei Urkunden in den zahlreichen Fällen erforderlich ist, in denen der uneheliche Vater zur Abgabe einer vollstreckbaren Verpflichtungserklärung bereit ist.

## Primo läßt öffentlich abstimmen.

### Er stellt eine Nationalversammlung in Aussicht.

Paris, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Direktorium gibt bekannt, daß die Vorbereitungen für die „Volksabstimmung“, die am 11., 12. und 13. September stattfinden soll, beendet sind. Die Abstimmung wird darin bestehen, daß die über 18 Jahre alten Spanier und Spanierinnen ein Manifest unterzeichnen oder nicht unterzeichnen, in welchem das von Primo de Rivera eingeführte diktatorische Regime gebilligt wird. Primo wird am 13. September sofort nach der Bekanntgabe des Ergebnisses dieser Volksabstimmung die Nationalversammlung für die ersten Tage des Oktober einberufen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die monarchistischen Parteien ihren Anhängern Enthaltung anraten werden, indem sie auf die Meinungsverschiedenheiten hinweisen, die sie von dem König wegen seiner Haltung gegenüber dem Diktator trennen.

### Der Diktator wird milde sein.

Paris, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus Madrid wird gemeldet, daß Primo de Rivera dem Kommandanten der Marokkotruppen telegraphisch das Ende des Konflikts mit den Artillerieoffizieren mitgeteilt hat. Er hat hinzugefügt, er halte es für angebracht, der Marokkarmee sein Vertrauen auszusprechen, da sie sich niemals den Feinden der Regierung angeschlossen habe. Die spanische Regierung veröffentlicht außerdem eine amtliche Mitteilung, die besagt, daß alle Offiziere und Angehörige der Artillerieregimenter, die sich erhoben hatten, sich unterworfen haben, und daß das Direktorium der Ansicht sei, die Meutereien seien nur das Ergebnis eines Mißverständnisses gewesen. Primo de Rivera fügt hinzu, daß jetzt die Ordnung mit allen Mitteln aufrecht erhalten werde und daß Bestrafungen vorgenommen werden, aber ohne einen Revanchegedanken, der die Soldaten und Offiziere, die sich der Bewegung angeschlossen hatten, vor dem Lande erniedrigen könnte.

Von der französischen Grenze wird gemeldet, daß zahlreiche spanische Soldaten und Offiziere, die in die Bewegung gegen Primo verwickelt gewesen sind, im Laufe der letzten zwei Nächte sich nach Frankreich geflüchtet haben.

## Nachruf!

Ihre Frist ist um! In etwa vier Wochen werden die alten Ein- und Zweimarkscheine rücksichtslos eingestampft. Sofort heute nimmt man sie nicht mehr gern an, man versucht sie sofort los zu werden, man legt sie um in Brot, Zigaretten, Selterswasser, Limonade oder in andere Gegenstände, die die Lebensfreude erhöhen oder vermindern, diese ersten Bosen einer besseren, gesicherten Zeit. Glaubte denn damals irgendetwas an die Stabilität der Rentenmark, als die ersten Ein- und Zweimarkscheine in der Öffentlichkeit auftauchten? Ganz kluge Geister rümpften verächtlich die Nase, wer über Geld verfügte, kaufte heimlich, so unter der Hand, stabile, amerikanische Dollars; Devisenverbote bestanden eben nur für die, die keine flüssigen Barmittel hatten. Ach, die Dollars sahen viel hübscher aus, die Scheine waren so in die Länge gedehnt, man fühlte sich gleich, dies war eine Valuta, auf der die Welt sicher ruhte. Dagegen diese harmlosen Scheine, wie billig sahen sie aus. Selbst ganz kleine Dollarnoten konnten doch wenigstens mit dem Porträt irgendeines verdienstvollen amerikanischen Mannes aufwarten, und nun diese in der Farbe verwischten, billig aussehenden, kleinen Zettel, auf denen eine lange Predigt untergebracht worden war, Aschenbrödel unter den Valuten, wer konnte auch nur zu dieser geschmacklosen Aufmachung Vertrauen fassen? Wie ein kleiner Grubenarbeiter gegenüber einem Regenten der Fünften Avenue wirkten sie, wenn man sie mit einem holländischen Gulden, einem Pfund Sterling oder mit einem amerikanischen Dollar verglich, und doch repräsentierten sie eine Macht, an die niemand glaubte und die sich allmählich durchsetzte. Der Schein trägt. Heute sind diese kleinen Zetteln zerissen, beschmutzt, verworfen; Hartgeld hat sie ersetzt, man duldet sie noch einige Tage, dann verschwinden sie, aber verschwinden mit ihnen auch alle Sorgen, die heute die Menschen bedrücken? Endet die Arbeitslosigkeit, die Unterbezahlung? Kaum. Alles geht weiter. Welche Erwartungen knüpfte man einstmals an diese Scheine, als sich tatsächlich der Dollar nicht mehr rührte, als er mit einem Male in seinem wahnsinnigen Höhenflug aufgehalten wurde! Und nun? Die Welt ändert sich nicht. Hammer und Amboss, es bleibt sich gleich, wie irgendeine stabile Valuta notiert wird. Der Amboss erduldet Schläge, immer wieder, ewig, bis er zerpringt. Kleine Scheine, Hoffnungschimäre einer besseren Zeit, ihr geht dahin, nehmt alle unsere Sorgen mit!

## Die Täter von Leiferde.

### Ihre Ueberführung nach Hannover.

Die Untersuchung des Verbrechens bei Leiferde geht jetzt ihrem Abschluß entgegen. In Berlin sind die Feststellungen mit der protokollierten Vernehmung Billy Webers und Otto Schlingers beendet. Beide wurden heute morgen auf dem Lichtof des Polizeipräsidiums gefesselt mit ihren Rückfäden in ein Droschkenauto gefesselt und unter starker Bewachung zunächst nach der Polizeiwache des Bahnhofs Alexanderplatz gebracht. In dem Zuge, der um 8 Uhr 58 Min. abfährt, waren zwei getrennte Abteile für den Abtransport bereitgehalten. Vom Publikum, das sich auf dem Bahnhof befand, wurde der Abtransport nur wenig bemerkt. Es bildeten sich nur kleinere Gruppen, als die Verbrecher herausgeführt wurden. Vorwärtsüber waren einige Schupo-Beamte und Kriminalbeamte der Fahndungsinspektion H. 1 ausgeboten. Es ereignete sich aber keinerlei Zwischenfall. Kriminalkommissar Rees und Eisenbahnüberwachungsinspektor Brandt mit mehreren Berliner Kriminalbeamten bringen die Verbrecher zunächst nach Hannover.

Beiden ist erst jetzt zum Bewußtsein gekommen, wie schwer ihr Verbrechen mit allen seinen Folgen ist. Sie sind jetzt niedergedrückt, während sie sich bis zu ihrer Verhaftung gar keine besonderen Gedanken gemacht hatten. Weber behauptet allerdings, daß ihm die entsetzlichen Folgen der Tat doch schon einmal nahegekommen seien und daß er sogar die Absicht gehabt habe, sich selbst der Polizei zu stellen. An die Aufführung des Verbrechens und ihre Festnahme hatten beide zuletzt nicht mehr geglaubt. Belagert hatte dazu, wie sie sagen, der Umstand, daß in der Öffentlichkeit fortgesetzt auch noch mit einem Betriebsunfall gerechnet worden war. Sie glaubten, daß diese Annahme sich endgültig durchgehen werde. Die Verbrecher werden in Hannover dem Oberstaatsanwalt Dr. Stellung von dem zuständigen Landgericht Hildesheim übergeben. Sie werden dann zunächst nach dem Tator gebracht. Hier sollen sie an der Hand der Protokolle in einem Lokaltermin noch einmal alles das zeigen, was mit Hilfe der Karten in Berlin bereits festgestellt worden ist.

## Entgleisung des D. Zuges Berlin-Stuttgart.

Stuttgart, 8. September. (W.T.B.) Wie die Reichsbahndirektion Stuttgart mitteilt, ist der Zug D. 32 Berlin-Stuttgart am Dienstagabend bei Osterburken mit Lokomotive, Postwagen und drei Personenwagen entgleist. Getötet wurde niemand; bis jetzt sind nur einige Leichtverletzte gemeldet worden. Die Ursache der Entgleisung steht noch nicht fest. Die Untersuchung ist eingeleitet.

## Von der Lokomotive erfasst.

Regensburg, 7. September. (T.L.) Auf der Straße Straubing-Cham ist das mit Flegelsteinen beladene Postauto des Sägewerksbesizers Kauf von der Maschine des Personenzuges 101 erfasst, 40 Meter vor der Lokomotive hergeschoben und zertrümmert worden. Der Chauffeur, Franz Stettner, Vater von sechs Kindern, wurde unter das umgestürzte Auto mit dem Fuße eingeklemmt und konnte aus dieser Lage vom Zugpersonal erst befreit werden, als beide Fuße, sowie der Unterleib bis zur Verletzung verbrannt waren. Außerdem wurde die auf dem Auto befindliche Frau Voschiner sofort getötet. Zwei weitere Personen, die sich im Auto befanden, erlitten schwere Verletzungen. Die Schuld an dem Unglück trägt der Chauffeur.

## Preiswucher bei Volksveranstaltungen.

### Man schreibt uns aus Ostpreußen:

Am letzten Sonntag hatte ich das Unglück, mit einem Beamten in die „München-Hag“ im Sportpalast in der Potsdamer Straße zu geraten. Das Unglück bzw. die schlechte Seite der Sache bezieht sich nicht etwa auf Herrichtung oder Darbietungen in der „Hag“, sondern ganz im Gegenteil: ich war überglücklich über die wirklich gute Aufmachung und die Qualität des Dargebotenen. Angekommen in dem großen Saal des Sportpalastes, der schön dekoriert ist, sahen wir uns zum ersten vergebens auf den Tischen nach einer Preislafel für Getränke um. Da wir nun dadurch schon etwas skeptischer gestimmt wurden, bestellten wir vorsichtshalber für jeden von uns ein Glas Zitronenwasser, begingen aber den Fehler, nicht nach dem Preis zu fragen. Jedenfalls unsere Zitronen kamen und somit mußten wir auch gleich zahlen. Unsere Verblüffung und auch die unserer Tischnachbarn, denen man es anah, wie sie um Werktag schwer körperlich arbeiten mußten, war nicht zu beschreiben, als wir hören mußten, daß ein Glas Zitronen, noch nicht einmal naturell, 70 Pf. zuzüglich 10 Proz. Trinkgeld = 80 Pf. koste. (Selbstkostenpreis dieser Zitrone ist hochgerechnet 10 Pf.) Wir erkundigten uns bei dem Kellnerinnen, die im Übrigen selbst über diesen Preiswucher empört waren, nach dem Deponieren dieser gasförmigen Getränke. Es wurde uns gesagt, daß die Deponieren B. u. F. sind. Anwesend war nur Herr B. Nachdem wir uns ihm vorgestellt hatten, brachten wir unsere Beschwerde vor, indem wir u. a. auch sagten, daß das Maximum für ein Glas Zitronen 30 Pf. betrage. Seine sehr kurze aber bezeichnende Antwort war daraufhin: „Die Preise machen wir! Verstehen Sie? Das andere überlasse ich Ihnen.“ Damit war für diesen Herrn,

indem er sich umdrehte und uns stehen ließ, der Fall erledigt. Wir wenigstens und auch ein großer Teil unserer Tischnachbarn verließen daraufhin fluchtartig die sonst so gut unter Schorch Ehrnarber geleitete „München-Hag“. — Das ist ein Fall unter vielen. Es ist der übliche Preiswucher bei Volksveranstaltungen, dem entgegenzutreten unsere Behörden sich jedenfalls zu schwach fühlen.

## Zu dem Riesenbetrug an der Reichsbahn.

### Selbstgestellung eines Täters.

Zu dem Riesenbetrug gegen die Reichsbahn teilten wir gestern mit, daß der 43 Jahre alte Kaufmann Billy Krotoschiner durch seinen Rechtsanwalt sich erboten hatte, sich gegen freies Geleit selbst der Behörde zu stellen.

Nachdem ihm das freie Geleit abgelehnt worden war, meldete er sich heute morgen telephonisch an und erschien dann um 10 1/2 Uhr mit seinem Anwalt bei der zuständigen Dienststelle der Kriminalpolizei. Er brachte viele Schriftstücke in litauischer und russischer Sprache mit, durch deren Inhalt er seine Unschuld beweisen will. Krotoschiner behauptet, daß Edelstein der Haupttäter sei. Dieser hält sich, wie festgestellt ist, gegenwärtig in Buzarest auf. Rudas, der Güterdirektor des Bahnhofs Remel, ist, wie schon gemeldet, in Zürich festgenommen worden. Die von Krotoschiner vorgelegten Schriftstücke müssen erst von Sprachkundigen überlegt und dann kaufmännischen Sachverständigen zur Begutachtung vorgelegt werden. Ueberprüfung und Prüfung werden geraume Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb ist es, obwohl mit der Vernehmung Krotoschiners sofort begonnen wurde, noch zweifelhaft, ob man schon heute ein klares Bild gewinnen und eine Entscheidung darüber treffen kann, ob Krotoschiner in Haft genommen oder wieder entlassen werden kann.

## Ratten in der Garderobe.

In einem Berliner Betriebe waren den Angestellten Garderobenschränke zur Verfügung gestellt worden. Diese hielten aber die im Hause vorhandenen zahlreichen Ratten nicht ab, Garderobenschränke zu zerfressen. Als einige Angestellte Schadenersatz verlangten, wurden sie vom Betriebsunternehmer abgewiesen. Auf die von den Angestellten erhobene Schadenersatzklage verurteilte das Berliner Gewerbegericht den Betriebsunternehmer zur Zahlung von Entschädigung, indem unter anderem ausgeführt wurde, nach der Arbeitsordnung hatten die Angestellten die betreffenden Garderobenschränke für ihre Garderobenstücke zu benutzen. Unter diesen Umständen mußte der Betriebsunternehmer dafür sorgen, daß die Garderobenschränke möglichst sicher verwahrt wurden. Der Betriebsunternehmer hätte auch mit Rücksicht auf die starke Rattenplage auf dem traglichen Grundstück dafür sorgen müssen, daß die Garderobenschränke von Ratten nicht zernagt werden konnten. In die den Angestellten zur Verfügung gestellten Garderobenschränke konnten aber Ratten leicht eindringen und Sachen zernagen. Wenn der Betriebsunternehmer einmüde, er habe auch Kägen gehalten und Gift gegen Ratten ausgelegt, so seien diese Einmüde ohne Bedeutung, da sich viele Kägen für die Vertilgung von Ratten nicht interessieren; Gift werde oft von den Ratten gemieden. Habe der Betriebsunternehmer seine Pflicht nicht ausreichend erfüllt, so müsse er für den Schaden aufkommen, den die Ratten verursacht haben.

## Städtische Volkskonzerte.

Gottlob, es gibt nicht nur „Puppen“, sondern auch noch junge Mädchen, nicht nur ewig jungblühende Robedamen, sondern richtiggebende Frauen und Mütter. Ergebnis dieser seltenen Auslese: Ein ziemlich geringer Prozentsatz von Subisöpen, bededte Ruiz, wenig Geschicklichkeit und einen Horizont, der über Charities und frankhafte Gefälligkeit hinausreicht. Es tut ungemein wohl, wieder einmal unter Normalmenschlichen Ruft zu hören. Das schöne Berliner Sinfonie-Orchester brachte Werke unserer Altmeister Mendelssohn, Wagner, Goldmark usw. wirkungsvoll zur Geltung. Ein immer wieder aufs neue zu erwähenber musikalischer Genuß Humperdinck, „Hänsel und Gretel“, Phantastie, ein Kabinettsstück der Instrumentation. Als Gast sang Frau Margarethe Henne-Franke von der Dresdener Staatsoper Lieder von Wagner mit angenehmer, besonders in der Höhe sehr wohlklingender Stimme. Wäre es nicht möglich, derart populäre Sachen ohne rotenblatt zu singen? Es wirkt ungemein desillusionierend, außerdem stark vormärzlich und erweckt stets den Anschein großer Befangenheit, mit gefüllten Händen und starr aufs rotenblatt gehefteten Pupillen puppenhaft unbemüht dazustehen. Konzertmeister Lamblin spielte mit virtuoser Technik. Das aufmerksame lauschende zahlreich erschienene Publikum spendete den Künstlern herzlichen und reichen Beifall.

## Wieder ein Schülerelbstmord.

Erst am Montag mußten wir von dem Selbstmord des sechzehnjährigen Schülers Jaffe aus der Sedanstraße zu Steglitz, der sich vor einen Fernzug warf und sofort getötet wurde, berichten. Heute morgen legte wieder ein 15jähriger Gymnasiast aus bisher noch unbekanntem Gründen Hand an sich. Auf der Heerstraße, unweit der Gutsverwaltung Amalienhof, wurde der 15jährige Gymnasiast Heinrich B. aus der Thaerstraße 5 zu Berlin von zwei Kameraden mit durchschoffener Schläfe aufgefunden. B. wurde in schwererestem Zustand in das Spandauer Kreiskrankenhaus geschafft, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Ein Ueberfall mit tödlichem Ausgang beschäftigt die Kriminalpolizei in Charlottenburg. In der Nacht zum 2. September wurde der Schlafwagenschaffner Harry Herler aus der Suarezstraße 51a in dieser Straße auf dem Wege zum Bahnhof überfallen und durch einen Schlag auf den Kopf schwer verletzt. Der Arzt, in dessen Behandlung er sich begab, stellte eine Gehirnblutung fest und ließ den Ueberfallenen am nächsten Tage nach dem Virchow-Krankenhaus bringen. Dort ist der Mann drei Tage später seiner Verletzung erlegen. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt die Kriminalinspektion Charlottenburg entgegen.

Das Nachlager am Teufelsberg. Der 70 Jahre alte Zeichner Bruno S., der im Hospital in der Hauptstraße in Lichterfelde wohnt, legte sich in der vergangenen Nacht am Teufelsberg in Tempelhof zum Schlafen nieder. Dabei rollte er die Bahnhofsplanke hinab, blieb aber wie durch ein Wunder vor dem Sturz ins Wasser bewahrt. Um 5 Uhr früh fand man ihn mit einer blutenden Kopfverletzung auf und transportierte ihn nach der nächsten Rettungsstelle und dann nach dem Krankenhaus in Neudöhlen.

Von der Elektrischen in die Baugrube. Heute vormittag um 8 Uhr sprang der Handlungsgehilfe Reinhold Steinhausen aus der Neumannstraße 50 in Bantow vor dem Hause Münzstraße 1 von einer in der Fahrt befindlichen Elektrischen der Linie 49 E, ohne darauf zu achten, daß an dieser Stelle Erdarbeiten ausgeführt werden. Er stürzte in eine Baugrube und erlitt so schwere Kopf- und Rückenverletzungen, daß er nach dem Krankenhaus Am Friedrichshagen geschafft werden mußte.

Tödlicher Unfall beim Plätten. Die 24 Jahre alte Ehefrau Ella Kerber wurde gestern Abend von ihrem Ehemann in der mit Gas angefüllten Küche der Wohnung in der Frederichstraße 14 tot aufgefunden. Es liegt allem Anschein nach ein Unfall vor, da sich die Frau beim Plätten befand und nach Auslösen des Gases Grund zum Selbstmord nicht vorhanden war.

Dubrowwanderer. In einem Artikel über den Dubrowforst hatten wir Klage geführt, daß der Forst nur mit Genehmigung der Oberförsterei Königswusterhausen betreten werden darf. Wie uns mitgeteilt wird, ist diese Genehmigung nicht mehr notwendig, da die Dubrow nicht mehr zum Wildschußgebiet gehört.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

90. Abt. Baden. Zahlabend bei Dichter heute Abend 8 Uhr, Propagandawoche.



# Generalversammlung der Fleischer.

## Gegen den „Kongress der Werttätigen“.

Die Ortsverwaltung Groß-Berlin des Zentralverbandes der Fleischer hielt am Dienstag ihre ordentliche Generalversammlung ab. Schulz gab bekannt, daß die Badenseischer, Besselen und Verkauferrinnen im Lohnkampf siegen und Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß erfolglos. In dem Geschäftsbericht, den er für das erste Halbjahr erstellte, hob er hervor, daß Entlassungen in großem Umfange vorgenommen wurden, weil der Absatz in den Städten geriet. Bei den Wurstfabriken ging es mit dem Abbau noch günstig ab, dagegen wurden bei den Rindfleischern und in der Darmindustrie nicht bloß zahlreiche Kollegen auf Kurzarbeit gesetzt, sondern es verloren auch viele ihre Arbeitsstätte. Die Wirtschaftslage wurde von den Arbeitgebern dazu benutzt, durch Tarifänderungen den Abbau der sozialen Bestimmungen und der Lohn- und Gehaltsätze zu erreichen.

Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurden in diesem Jahre um so schwieriger, da die Arbeitgeber des Gewerbes, die bis Ende 1925 eine geschlossene Arbeitgeberorganisation hatten, diese auflösten, so daß jetzt mit den einzelnen Gruppen verhandelt werden muß. Es gelang bei den Tarifvertragsverhandlungen meistens, die alten Positionen nicht nur zu behaupten, sondern vielfach sogar Verbesserungen zu erreichen, z. B. die Einbeziehung der Lehrlinge in den Tarifvertrag. Der Mitgliederbestand ist als stabil zu bezeichnen. Die Fluktuation ist allerdings sehr groß. Für die Organisation ist der noch immer bestehende Kassen- und Logiszwang im Rindfleischergewerbe ein sehr starkes Hemmnis. Die Kassenverhältnisse sind erfreulich und zeigen ganz deutlich die Besserung in der Beitragsleistung.

Genosse Viedt referierte über das Thema „Warum Kongress der Werttätigen?“. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß dieser von den Kommunisten geplante Kongress bisher nicht die geringsten Programmpunkte aufzuweisen habe. Im Interesse der Einheit der Gewerkschaftsbewegung sei es verberlich, neben den Gewerkschaften noch eine neue Organisation zu schaffen. So geschickte kommunistische Diskussionsredner auch operieren, den Eindruck dieser Ausführungen konnten sie nicht verwischen. Die Resolution der kommunistischen Mitglieder zur Propagierung des Kongressprojekts wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Wenn die Kommunisten glaubten, daß der Zentralverband der Fleischer eine Filiale der Rüststraße sei, so hat sie die geistige Versammlung eines Besseren belehrt, wenn sie überhaupt zu belehren sind.

# Tarifverhandlungen bei der Müllabfuhr-Gesellschaft.

## Sie will die Arbeitsbedingungen verschlechtern.

In der Versammlung der bei der Berliner Müllabfuhr A.-G. Beschäftigten am Dienstag in den Residenzfestalen berichtete Genosse John vom Verkehrsband über den Stand der Tarifverhandlungen. Die Gesellschaft hat den Tarifvertrag zum 30. September gekündigt und eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt. So verlangte sie u. a. eine höhere Arbeitsleistung, Abänderungen der Bestimmungen über § 616 BGB. und Verschlechterung der Entlohnung bei Unfällen. Die Verhandlungskommission hat sich bereit erklärt, die Bestimmungen über § 616 und die Lohnzahlung bei Unfällen dahin abzuändern, daß ein Mißbrauch dieser Bestimmungen, wie es leider vorgekommen ist, unterbunden wird. In der Urlaubsfrage wurde ebenfalls eine Einigung dahin erzielt, daß die Arbeiter wohl nicht mehr während des Urlaubs das Geld für Pferdepflege erhalten, aber dafür an alle über ein Jahr Beschäftigten ein längerer Urlaub als bisher gewährt werden soll. Nicht einigen konnte man sich über die von der Gesellschaft verlangte höhere Arbeitsleistung, die von der Verhandlungskommission nicht abgelehnt wurde.

Die Versammlung lehnte ebenfalls jede höhere Arbeitsleistung ab, da es schon heute nicht möglich ist, das verlangte Pensum in achtstündiger Arbeitszeit zu leisten. Sie beauftragte die Verhandlungskommission, bei den Verhandlungen, die voraussichtlich morgen, Donnerstag, festgesetzt werden, jede von der Gesellschaft geforderte höhere Arbeitsleistung abzulehnen. Sobald das Verhandlungsergebnis vorliegt, wird eine neue Vollversammlung dazu Stellung nehmen.

# Ein Idyll aus Klein-Moskau.

Das Kasino der russischen Handelsgesellschaft in der Lindenstraße wurde kürzlich von dem „guten kommunistischen Genossen“ Teuerkauf übernommen und geleitet. Dieser Herr Teuerkauf, welcher jetzt Arbeitgeber wurde, ist gleichzeitig der Gründer und Vorsitzende des — großen Kartells der gelben und blauen Kellnervereine, das dazu berufen sein soll, den freigezwecklichen Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten zu bekämpfen und dem paritätischen Arbeitsnachweis der Stadt Berlin Konkurrenz zu machen.

Einige Tage nach der Wiedereröffnung des Kasinos brach bereits die Palastrevolution aus. Herr Teuerkauf entließ sämtliche acht organisierten Kellner fristlos und stellte 13 unorganisierte Mädchen für die Bedienung ein. Dieselben geleiten dem Gründer des Kellnerkartells, der doch eigentlich für die männliche Bedienung zu haben sein mußte, besser; denn sie wurden gleichzeitig zum Gemütskuppen und anderen Arbeiten herangezogen, die man nicht gut von Kellnern verlangen kann. Die Gewerkschaft lehnte es ab, die 13 Mädchen unter diesen Umständen zu organisieren, und verlangte, daß an deren Stelle die männliche Bedienung, und zwar die alten Kellner wieder eingesetzt werden sollten. Doch mit des Geschickes Mädchen ist kein ewiger Bund zu schließen. Die Glanzzeit des Arbeitgebers war für Herrn Teuerkauf bald beendet. Sein Verhältnis mit der russischen Handelsgesellschaft wurde plötzlich wieder gelöst. Die geschäftswichtige Leitung der russischen Handelsgesellschaft hatte aber immerhin gelernt, und lehnte es ab, für das Kasino, das sie in eigene Verwaltung übernommen hat, männliche Bedienung einzustellen, trotzdem laufende arbeitslose Kellner auf Beschäftigung warten. Mit Zustimmung des Betriebsrates der russischen Handelsgesellschaft haben nunmehr die Reinemacherinnen, die von 6 bis 9 Uhr ihren Dienst versehen, ab 9 Uhr die Bedienung des Kasinos übernommen. Wirklich ein reizender Zustand. Die Bezahlung der Kündigungzeit für unsere Kollegen wurde von Teuerkauf

abgelehnt, ebenso auch von der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat, trotzdem diese erst versprochen hatten, die Angelegenheit zu regeln. Die geschädigten Kellner haben nunmehr ihre Forderung beim Berliner Gewerbegericht geltend gemacht.

# Der Eisenbahnrat verordnet.

## Die Arbeiter verdienen zuviel.

Bekanntlich versuchte die Reichsbahnverwaltung den Nachweis zu erbringen, daß für sie ein verbindlich erklärter Schiedsspruch nicht gefällt werden könne, weil sie außerhalb des Rahmens der deutschen Gesetze stünde. Sie mußte sich jedoch besserer Einsicht fügen, da das Reichsbahnschiedsgericht sie hierzu zwang. Neuerdings gehen aber Amtsvorstände in verfeilter Form gegen den Spruch des Schiedsgerichts, der eine ganz geringe Lohnausbesserung mit sich brachte, in rigorosster Form vor. So erläßt z. B. der Vorstand des Eisenbahnvertragsamts 3 Berlin unter dem 20. August d. J. folgende Verfügung:

„Die Forderungen nehmen seit Einführung des neuen Gedingeverfahrens in ungeheurer Höhe zu. Die wiederholten Mahnungen zu besserer Beaufsichtigung der Verladung der Güter sind mithin nicht beachtet worden.“

Ein weiterer Beweis, daß die Arbeiter nicht sachgemäß und ordentlich arbeiten, sind die hohen Ueberverdienste, die in den letzten Monaten erarbeitet wurden. Sie konnten auf keinen Fall so hoch werden, wenn das Aufsichtspersonal auch wirklich die Aufsicht über die sachgemäße Verladung führen würde. Sollten die Forderungen und Beschädigungen der Güter nicht sofort aufhören, so werde ich sowohl die betr. Arbeiter und ganz besonders das betr. Aufsichtspersonal jedesmal zur Verantwortung ziehen und bei der geringsten Lässigkeit bestrafen. Außerdem können die Betroffenen gewärtig sein, daß sie nach Lage der Sache auch noch zum Schadenersatz herangezogen werden. Das gesamte Personal ist umgehend zu unterweisen. Dem gesamten Aufsichtspersonal ist diese Verfügung außerdem jeden Monat einmal bekanntzugeben. Es hat schriftlich zu bestätigen, daß es die Verfügung gelesen hat.“

Dem Herrn Reichsbahnrat Jargon sind in erster Linie die Affordlöhne, „die in den letzten Monaten erarbeitet wurden“, zu hoch. Er verurteilt also, weil er diese Tatsache nicht offen zugeben will, das Aufsichtspersonal zu veranlassen, durch Schikanierung der Arbeiter, denn auf weiter nichts läuft diese Verfügung hinaus, deren minimales Einkommen zu drücken. Wer den Dienst auf den Güterböden kennt, weiß, daß Fehloberladungen und Beschädigungen von Gütern nur durch die ungeheuerliche Hejrabarbeit, von der sich der Außenstehende keinen Begriff macht, verursacht werden. Den naheliegenden Gedanken, genügend Arbeiter einzustellen, faßt er nicht.

Das Aufsichtspersonal ist überhaupt nicht in der Lage, als solches zu fungieren, da viel zu wenig davon vorhanden ist. Es ist eine Unmöglichkeit, von einem Lodegeschaffner, der die Beaufsichtigung des Verladegeschäfts in vielleicht 10 bis 15 Eisenbahnwagen zu übernehmen hat, zu verlangen, daß er die Verantwortung für ordnungsgemäße Verladung übernehmen kann. Auch hier machen sich eben die Folgen des überhasteten Abbaus stark bemerkbar.

Durch diese Verfügung wird lediglich die alte Radfahrerpolitik wieder eingeführt, nach unten tüchtig zu treten. Wenn man den Arbeitern ihren fälligen Lohn nicht gönnt, dann sei einmal die Frage gestattet, was der Herr Reichsbahnrat Jargon und seine am grünen Tisch arbeitenden Mitarbeiter für Bemerkungszulagen beziehen? Für diese Summe, die in die Tausende von Mark geht, könnten auf jeder Verladestelle einige Arbeiter mehr eingestellt werden, wodurch die Mißstände sich von selbst beheben würden.

Herrn Jargon wäre außerdem zu empfehlen, seine Verfügungen nicht immer in dem alten Kasernenhosiil herauszugeben und sich nachher zu entschuldigen, daß er selbst es gar nicht so gemeint habe, weil er diese Verfügung, die ihm vorgelegt worden sei, eben unterschrieben habe. Der Reichsbahndirektion können wir nur den guten Rat geben, hier einmal nach dem Rechten zu sehen; die Empörung der Arbeiterschaft gegen gutbezahlte Bureaubeamte, die noch außerdem sehr hohe Bewertungszulagen beziehen, ist beachtenswert.

# Aus England.

## Die Haltung der Bergwerksbesitzer.

Aus London wurde der III. berichtet: Es läßt sich nicht verstehen, daß die Stimmung durch die Haltung der Grubenbesitzer wieder etwas zugunsten der Bergarbeiter umgeschlagen ist. Die allgemeine Stimmung, die sich noch vor wenigen Tagen gegen Cool und seine Phrasenpolitik bemerkbar machte, ist stark abgeebbt, und nunmehr findet die starre Haltung der Bergwerksbesitzer auch in der konservativen Presse nicht immer unbedingte Billigung. Ein Kurier ist Dienstag mit einem mündlichen Bericht über die Besprechungen in der Downingstreet nach Sir les Bains abgegangen, um dem Premierminister über die Entwicklung der Dinge genau Bericht zu erstatten. In Kreisen der Bergarbeiter herrscht naturgemäß über das Ergebnis der Besprechungen große Enttäuschung, während Cool sein Vertrauen zu Churchill ausspricht, daß er die Grubenbesitzer schließlich zur Aufgabe ihres Standpunktes zwingen würde.

## Der Gewerkschaftskongress.

Auch in der Sitzung des Gewerkschaftskongresses in Bournemouth hat die Nachricht von dem ergebnislosen Verlauf der Besprechungen Enttäuschung verursacht. Einer der Delegierten erklärte, daß gerade in dem Augenblick, wo jedermann glaubte, daß der Konflikt zu einem Ende kommen würde, die Auseinandersetzung sich auf ungewisse Zeit zu verlängern scheint. Im Verlaufe des Kongresses ergriff auch Cool das Wort, der von allen Seiten stürmisch begrüßt wurde. Er griff die Gewerkschaft der Rosslandsarbeiter in sehr heftiger Weise an, weil diese Gewerkschaft sich strikt weigerte, ihre

Mitglieder für den Fall, daß es zum äußersten kommen sollte, aus den Gruben zurückzuziehen. Der Präsident mußte Cool verschiedentlich zur Ordnung rufen. Der Gewerkschaftskongress nahm dann mit 2146 000 gegen 1658 000 Stimmen eine Entschließung an, in der zu einer Konferenz der einzelnen Gruppen der Gewerkschaft aufgefordert wird, mit dem Ziel der Zusammenziehung dieser Gruppen als eine Alternative für die Bildung einer einzelnen großen Gewerkschaft mit weitergehenden Beschlüssen.

# Verbandstag der Arbeitsinvaliden.

München, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorsitzende Karsten gab den sozialpolitischen Bericht, wobei er die Erwerbslosen in der sozialen Fürsorge aufzählte und ihnen gegenüberstellte, was in der Zukunft noch unbedingt erreicht werden müßte. In erster Linie verlangt der Verband in der Unfallsicherung die periodische Umrechnung aller Zahlungen nach dem jeweiligen Stand der Löhne und ferner eine allgemeine Erhöhung der Renten. In der Knappschaftsversicherung muß der große Mangel der Anrechnung von Invaliden- und Unfallrenten bei Doppelterversicherungen beseitigt werden. In der allgemeinen Fürsorge ist für den Verband die grundsätzliche Abkehr von der Armenpflege entscheidend. Die hier noch offenen Fragen müssen reichsweit geregelt werden. Karsten betonte dann die Wichtigkeit des Zusammenarbeitens der Arbeitsinvaliden mit den Gewerkschaften, kritisierte aber lebhaft, daß diese Zusammenarbeit infolge des Verhaltens der Spitzen der Gewerkschaften noch sehr zu wünschen übrig lasse. Die christlichen Gewerkschaften hätten trotz Einladung ihre Teilnahme am Kongress abgelehnt, sie betreiben jetzt die Gründung einer eigenen christlichen Invalidenorganisation. Sogenannter

## Zellenbau und Sonderbündel

innerhalb des Verbandes müßten unter allen Umständen unterbunden werden. Die Erreichung des Ziels: Beseitigung der Rot und des Elends unter den Arbeitsinvaliden Deutschlands sei nur möglich auf der Grundlage des gegebenen Staates. Darum müsse die Arbeiterschaft immer mehr Einfluss in diesem Staate gewinnen. Nicht die Republik sei schuld, wenn es den Arbeitsinvaliden immer noch so schlecht gehe, sondern die Fülle schlechter Republikaner.

Die Aussprache über den Bericht des Vorstandes gestaltete sich sehr lebhaft, wobei wiederholt darüber Klage geführt wurde, daß unter der Diktatur des Kapitalismus das Jahr 1926 den Arbeitsinvaliden das wieder genommen habe, was sie im Jahre 1925 erworben hätten. Hermann Müller erwiderte im Auftrag des A.D.B. auf die zum Teil sehr scharfen Angriffe Karstens gegen die Gewerkschaften. Müller erinnerte daran, daß die Gewerkschaften schon lange, bevor der Verband der Arbeitsinvaliden bestand,

## bahnbrechend für die Sozialrentner tätig

waren, nicht nur in der Durchführung, sondern auch in der Schaffung der sozialen Gesetzgebung. Die Gewerkschaften lassen sich auch heute von niemand übertreffen in der Fürsorge für die Arbeitsinvaliden. Die Entschuldigungen und Anträge, die zu dem Verbandstag vorliegen, sind für die Gewerkschaften lauter alte Bekannte. Es ist nichts in ihnen zu finden, was die Gewerkschaften nicht schon seit Jahrzehnten mit Erfolg vertreten haben. Gleichwohl hat der Verband der Arbeitsinvaliden seine Existenzberechtigung, vor allem nach der psychologischen Seite hin, grundsätzlich aber gehören die gesunden Arbeiter nicht in den Verband hinein. Derjenige Gewerkschaftler des Verbandes, der aus Kreisen der nichtinvaliden Arbeiter Mitglieder sängt, schädigt nur seinen Verband, indem er die Segnerschaft in den Gewerkschaften großzieht. Diese aber lassen sich das Gebiet der Sozialpolitik, das ihnen anvertraut wurde, nicht nehmen. Karsten hat seine Tätigkeit im Rahmen einer großen Partei entfalten können, dadurch werden aber seine Erfolge nicht

## der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Formwörter, daß die Gewerkschaften für die Arbeitsinvaliden nicht genug getan hätten, sind nach alledem entschieden zurückzuweisen. Wir von den Gewerkschaften haben ein gutes Gewissen, auch gegenüber den Arbeitsinvaliden, (Stürmischer Beifall und Händelklatschen.)

Ratthes-Zwickau sprach dem Redner für die Klärung der Lage, die vom Hauptvorstand gewünscht worden sei, den Dank der Versammlung aus. In seinem Schlusswort erklärte dann Karsten, daß seine Vertretung der Invalideninteressen zweifellos erleichtert worden sei durch seine Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Reichstagsfraktion; andererseits aber werde sein Wort innerhalb der Fraktion gerade deshalb geachtet, weil er der Wortführer eines großen Verbandes sei. Den Gewerkschaften wolle der Verband keine Konkurrenz machen. Er wünsche aber, daß die Gewerkschaften alle Kräfte für den sozialpolitischen Kampf einsetzten. Am Schluß wandte er sich noch im Auftrag des Vorstandes gegen den Antrag, dem Vorstand eine siebenköpfige sozialpolitische Kommission, einen sogenannten Beirat, an die Seite zu stellen. Diesen Antrag lehnte der Vorstand ab, zumal er rein kommunistischen Motiven entspreche sei. Durch diese Kommission soll lediglich der Vorsitzende Karsten in Widerspruch mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gebracht werden. Bei der Abstimmung wurde aber der Antrag trotzdem mit 49 gegen 35 Stimmen angenommen, worauf Karsten erklärte, daß er an den Arbeiten für die Kommission nicht teilnehmen werde und die Versammlung bei der am kommenden Donnerstag stattfindenden Vorstandswahl aus dieser Ablehnung die Konsequenzen ziehen könne.

Die sozialpolitische Entschließung des Verbandesvorstandes wurde daraufhin einstimmig angenommen. In ihr wiederholt der Verband seine Forderung auf Schaffung einer einheitlichen Sozialversicherungsorganisation für die gesamte Sozialversicherung, Sozialversicherung und Sozialfürsorge. Im einzelnen befähigte sich die Resolution dann mit den Mängeln der Unfallversicherung, der Invalidenversicherung, der Angestellten- und der Knappschaftsversicherung, und protestiert am Schluß gegen die immer unsozialer werdende Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte, insbesondere des Reichsversicherungsamtes.

Verantwortlich für Politik: Dr. Ernst Geppert; Wirtschaft: Bruno Behrmann; Gewerkschaftsbewegung: A. Scheller; Revolution: Dr. John Schlimmelt; Lokales und Sonstiges: Fritz Kerschütz; Anzeigen: Ed. Gladt; Familien in Berlin: Verlag: Bernhardt-Verlag G. m. b. H.; Berlin. Druck: Bernhardt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

**Berliner Elektriker Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. soc. Baubetriebe  
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88  
Vorsprecher: Nordens 6525, 6526  
Filiale Westen, Wilmersdorf  
Landhausstr. 4. Tel.: Platzburg 9631  
Ausstellungsräume und Lager:  
Alexanderstraße 39-40 (Alexander  
Passage), Telefon: Königstadt 540  
Herstellung elektr. Licht-,  
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf  
aller elektr. Bedarfsartikel  
Ausführg. sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**Bettfedern Adolf Pohl**  
Dresdener Straße 15  
(Fahrringgebäude.)

Adolf Hoffmann  
**Knorke**  
Schulhumoreske  
mit Illustrationen  
von Willi Steinert  
Preis 50 Pfg. / Porto 5 Pfg.  
Vorrätig in allen  
Vorwärts-Ausgabestellen

**Bettfedern**  
aus erster Hand, 100 Gramm  
60 Stk., gefüllt 90 Stk., Supi  
1,75, Goldbunne 2,75, 4 weiß,  
4 hell, 6 Bunne, 7 weiß,  
1-10 Schweißbunne, 4 Oberseite, 14 schifflich  
Robert 8 Stk., 14, 18, 22, 26, 30, 35, 40, 45, 50  
aufm. neuen Maschinen. Muster, Preis frei,  
Min. 10 Stk. Rückzahlung zurück. Böhm.  
Bettfederspezialhaus Sachsel & Stadler,  
Berlin E., Pankeberger Str. 43/12.

**WENESTI**  
und doch  
**sehr gut!**

**Scherif:** flach • Gold  
**Kibari:** feste Packung  
dick • rund  
ohne Mundstück

**Einen gesunden Schlaf**  
und damit eine Kräftigung des ganzen  
Rekonvaleszenzsystems erzielen Sie durch den  
**echten „Baldrabin“**

Patentamt. gleich unter Nr. 342 681.  
Er enthält sämtliche Extraktstoffe  
der Baldrianwurzel in höchstem  
Säuregehalt. Alle Nachahmungen,  
die als ebenbürtig angeboten werden,  
weisen man entzünden zurück. — Zu  
haben in Apotheken und Drogerien  
Vertrieb:  
Otto Stumpf u. Co., Chemnitz.

**Der gute Kapitän-**  
**Kautabak** ist in den meisten Drogen-  
geschäften erhältlich  
**C. Röcker, Berlin**  
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3561

**Neubau-Wohnungen**  
in Britz, verl. Germania-Frauenode,  
heute Vogt, 2 u. 3 Zimmer, Bad, gr.  
Loggia u. l. XII. 20 zu vermieten.  
Wunschort befindet sich im Baubüro oder  
Neußühl 7416.

**DER KLEINE BROCKHAUS**  
Preis M. 22.—  
Auch in Ratensahlung  
Zu beziehen durch  
**J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.**  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2  
(Abteilung Sortiment)  
und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen